

(Präsident Ley)

Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 19 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zu Übersicht 2, zunächst zu Einzelplan 02 Kapitel 02 01 bis 02 06, Einzelplan 17 Kapitel 17 02 und Einzelplan 20 Kapitel 20 02. Das ist der Abschnitt Ministerpräsident und Chef der Staatskanzlei - ich sage ausdrücklich dazu: ohne Kultur.

Egal was ich jetzt sage, es ist falsch.

Übersicht 2 - Abschnitt Ministerpräsident und Staatskanzlei (Kapitel 02 01 bis 02 06) (Abänderungsantrag: Drucksache 14/350)

(Heiterkeit.)

Die Berichterstattung wurde auch hier zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 3). Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat zu Einzelplan 02 einen Abänderungsantrag eingebracht, der Ihnen als Drucksache 14/350 vorliegt. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme des Abänderungsantrages Drucksache 14/350 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag Drucksache 14/350 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 17 Kapitel 17 02. Wer für die Annahme des Einzelplanes 17 Kapitel 17 02 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Einzelplan 17 Kapitel 17 02 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen bei Ablehnung der Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Einzelplan 20 Kapitel 20 02. Wer für die Annahme des Einzelplans 20 Kapitel 20 02 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Einzelplan 20 Kapitel 20 02 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen bei Ablehnung der Oppositionsfraktionen.

Über Kapitel 02 01 des Abschnitts Ministerpräsident und Staatskanzlei ist Einzelabstimmung beantragt. Wer für die Annahme des Kapitels 02 01 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Kapitel 02 01 unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt ha-

ben die Koalitionsfraktionen bei Ablehnung der Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt 1 des Einzelplans 02, Ministerpräsident und Chef der Staatskanzlei, beschränkt auf die Kapitel 02 02 bis 02 06. Wer für die Annahme der Kapitel 02 02 bis 02 06 des Einzelplans 02 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Kapitel 02 02 bis 02 06 des Einzelplans 02 mit Stimmenmehrheit angenommen sind, bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen und Ablehnung durch die Oppositionsfraktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis 14.15 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 13.14 Uhr bis 14.17 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Ries:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Wir sind immer noch bei der Übersicht 2 und kommen jetzt zu Einzelplan 02 Abschnitt Ministerium der Justiz und Teilbereich Kultur - das sind die Kapitel 02 07 bis 02 11 des Abschnitts Ministerpräsident und Staatskanzlei des Einzelplans 02 -, Einzelplan 17 Kapitel 17 02 und Einzelplan 20 Kapitel 20 02 und 20 12 sowie Einzelplan 18, Verfassungsgerichtshof des Saarlandes.

Übersicht 2 - Abschnitt Ministerpräsident und Staatskanzlei (Kapitel 02 07 bis 02 11), Abschnitt Ministerium der Justiz und Verfassungsgerichtshof

Die Berichterstattung wurde zu Protokoll gegeben (siehe Anlage 4). Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat die Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion Anke Rehlinger.

Abg. Rehlinger (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Chef der Staatskanzlei - „ohne Kultur“, so lautete vorhin die Ankündigung des Herrn Präsidenten. Jetzt ist das Ganze „mit Kultur“ Gegenstand unserer Besprechung und unserer Beratung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ressortbildung hat dazu geführt, dass wir die Bereiche Justiz und Kultur heute zusammen beraten. Bedauerlicherweise hat aber auch die Kulturpolitik dieser Landesregierung dazu beigetragen, dass es einen inhaltlichen, einen tatsächlichen Zusammenhang zwischen diesen beiden Bereichen gibt. Darauf kom-

(Abg. Rehlinger (SPD))

me ich zu einem späteren Zeitpunkt zu sprechen. Zunächst möchte ich einige Ausführungen zum Bereich der Justiz machen.

Anlässlich der letzten Haushaltsberatungen habe ich über die Problematik gesprochen, dass der Abgeordnete Müller gleichzeitig Ministerpräsident und Justizminister ist. Dabei habe ich einen Fehler gemacht. Ich habe nämlich vergessen, dass er eine weitere Funktion ausübt, die tatsächlich zu einer Interessenkollision geführt hat, nämlich die Funktion des CDU-Landesvorsitzenden. Dieser Interessenwiderstreit und die Unfähigkeit, zum Wohle des Landes zwischen der Partei und dem Staat zu trennen, wurden ganz deutlich im Zusammenhang mit dem rechtskräftigen Urteil des Verfassungsgerichtshofes des Saarlandes in Sachen verfassungswidriger Wahlwerbung durch die ehemalige CDU-Alleinregierung.

Herr Ministerpräsident, die Partei und der Machterhalt waren Ihnen an dieser Stelle wichtiger als die Neutralität des Staates. Sie haben Wahlwerbung für die CDU mit Steuergeldern betrieben. Das wurde höchststrichterlich festgestellt. Um noch einmal die Dimension zu verdeutlichen, um die es hierbei geht: Wir gehen davon aus, dass hierbei mindestens 100.000 Euro verschwendet wurden. Ich fordere Sie vor diesem Hintergrund auch heute, im Rahmen dieser Haushaltsberatungen, noch einmal auf, diese Steuergelder, die Sie als Ministerpräsident Peter Müller unrechtmäßigerweise zum Vorteil der Partei ausgegeben haben, vom CDU-Landesvorsitzenden Peter Müller zurückzufordern. Das wäre ein Akt der politischen Korrektheit und auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Das Ganze ist aber nicht nur ein allgemeines und ein haushaltstechnisches Problem, sondern möglicherweise auch ein ganz persönliches Problem für den Ministerpräsidenten, der ja, wie jeder hier im Lande weiß, auf gepackten Koffern sitzt und nur darauf wartet, dass ihn ein Ruf ereilt und ihn von der schweren Last des Amtes des Ministerpräsidenten dieses Landes befreit.

(Abg. Hirschberger (FDP): Ich sehe ihn hier aber auf dem Stuhl sitzen, Frau Rehlinger!)

Nun ja, Kollege Hirschberger, bei der letzten Runde der Neubesetzung beim Bundesverfassungsgericht hat es wieder einmal nicht geklappt. Es wird sich zeigen, ob das beim nächsten Mal besser läuft. Geschafft hat die Aufnahme beim Bundesverfassungsgericht allerdings eine andere Saarländerin, Monika Hermanns. Ich glaube, das ist Grund für die Saarländer, stolz zu sein. Herzlichen Glückwunsch auch von dieser Stelle!

(Beifall des Hauses.)

Ich denke, es wäre aber auch einmalig in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichtes, wenn ein Jurist, dem bereits nachgewiesen wurde, dass er gegen die Verfassung verstoßen hat, nun selbst zum obersten Hüter der Verfassung würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im zurückliegenden Jahr waren die Jamaikaner alle voll des Lobes, was sie bezüglich des Justizbereiches an Gutem, Wichtigem und dringend Nötigem in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben hätten. Passiert ist allerdings bislang recht wenig. Es gibt quasi einen geordneten Stillstand. Ich möchte an dieser Stelle einmal ein paar Punkte aus Ihrem Koalitionsvertrag herausgreifen.

In diesem Vertrag steht wörtlich geschrieben: „Der einfache Justizdienst wird abgeschafft.“ Ein Versprechen aus einer Debatte, die wir schon lange führen. Passiert ist diesbezüglich bislang noch nichts. Ich habe die klare Erwartung, dass Sie dieses Versprechen, das Sie gegenüber den Betroffenen abgegeben haben, einhalten.

Ein weiterer Aspekt, den ich ansprechen möchte, ist das Strafvollzugsgesetz. Ich lasse dieses ausdrücklich außerhalb der Kritik, weil ich weiß, dass das Ganze im Geleitzug mit den anderen Bundesländern organisiert werden soll. Es handelt sich um eine Maßnahme, die wir ausdrücklich begrüßen. Entsprechende positive Erfahrungen haben wir ja auch im Zusammenhang mit dem Jugendstrafvollzugsgesetz gemacht. Ich kann an dieser Stelle auch sagen, dass das Angebot zur konstruktiven Begleitung dieses Gesetzgebungsverfahrens besteht. Ich sage aber auch, dass das nur gilt, insoweit diese Begleitung auf Augenhöhe stattfinden soll.

In Ihrem Koalitionsvertrag steht auch etwas über eine Evaluierung zum U-Haft-Gesetz und zum Jugendstrafvollzugsgesetz. Das sind wohl Dinge, die sehr im Verborgenen stattfinden. Vielleicht kann man heute über dieses Vorhaben einmal Aufklärung erhalten?

Im Koalitionsvertrag wird auch die Einführung eines Modellprojektes „Teen-Court“ erwähnt. Auch diesbezüglich aber bislang Fehlanzeige. Im Haushalt ist auch nichts eingestellt, das erwarten ließe, dass bezüglich des Modellprojektes etwas passiert. Ich sage allerdings auch, dass ich es gut fände, würden Sie insoweit Ihrem Koalitionsvertrag inhaltlich nicht folgen. Wir haben schon in der zurückliegenden Legislaturperiode zum Ausdruck gebracht, was von diesem Modellprojekt zu halten ist.

Gleiches gilt für das Projekt Fußfessel. Bisher war das viel Wind um nichts. Geschehen ist bislang nichts. Das ist ein Projekt, eine Herzensangelegenheit der FDP, die das Ganze nicht nur im Rahmen der Sicherungsverwahrung diskutieren möchte, sondern auch im Zusammenhang mit Haftvermeidung,

(Abg. Rehlinger (SPD))

dies insbesondere, um Kosten zu sparen. Ich stelle fest, dass wir auch das kritisch sehen, dies nicht nur wegen des gescheiterten Praxistests im Saarland, sondern auch vor dem Hintergrund der Frage, ob es tatsächlich sinnvoll ist, bei Ersatzfreiheitsstrafen die Fußfessel zu vollstrecken. Die Praktiker sagen uns, dass bei Ersatzfreiheitsstrafen insbesondere ein Bedarf an Gesprächen mit der Klientel besteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gemessen an Ihren eigenen Zielen treten Sie auf der Stelle. Im Bereich der Justiz ist so gut wie nichts passiert. Aber auch an einer anderen Stelle, an der Handlungsbedarf gegeben ist, ist nichts passiert, und zwar im Bereich der Bewährungshilfe. Ich erwähne diesen Aspekt in jeder Haushaltsberatung aufs Neue, bislang allerdings ohne großen Erfolg. Sie alle wissen, dass die Belastung bei der Bewährungshilfe hoch ist, dass die Zahlen von Jahr zu Jahr steigen. Die Problemlagen werden immer komplexer. Dabei leistet doch gerade die Bewährungshilfe einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Landes. Es bleibt mir ein Rätsel, weshalb diese wichtige Berufsgruppe im Bereich der Justiz auch in diesem Jahr von der Regierung so stiefmütterlich behandelt wird. Daran hat sich auch nach der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN nichts geändert. An dieser Stelle muss sich jedenfalls etwas tun. Dieser Fehlentwicklung müssen wir entgegenzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass trotz aller Schwierigkeiten und Belastungen in der Justiz so viel geleistet wird, ist vor allem das Verdienst der dort Beschäftigten. Ihre Motivation und ihre Leistungsbereitschaft sind die größten Pfunde, wenn es um effektiven Rechtsschutz geht. Dafür an dieser Stelle auch von unserer Seite Dank und Anerkennung!

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit noch einige Anmerkungen zum Bereich Kultur machen. Eigentlich ist es kein einfacher Szenenwechsel von der Justiz zur Kultur. In diesem Jahr gibt es jedoch aufgrund der Art und Weise, mit der Sie einen in der öffentlichen Wahrnehmung nicht ganz unwesentlichen Teil der Kultur gestaltet haben, bedauerlicherweise eine Schnittmenge. Ich spreche über das Thema „Stiftung Saarländischer Kulturbesitz und die Steuerverschwendung aufgrund des Ausgabegebarens des hauptamtlichen Vorstandes dieser Stiftung“. Das alles ist ja auch Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen.

Hintergrund ist ein Bericht des Rechnungshofes, wonach der Kulturchef über Jahre hinweg horrend Spesenabrechnungen eingereicht hat, etwa für Luxusübernachtungen und Besuche in Sterne-Restaurants. Beziffert wird das Vergnügen auf jährlich rund 20.000 Euro. Meine sehr verehrten Damen und Her-

ren, Spesenausgaben in dieser Höhe sind unverhältnismäßig. Sie stehen vor allem in krassem Gegensatz zur Haushaltsnotlage dieses Landes. Derjenige, der einerseits 30 Millionen Euro bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einspart und andererseits zulässt, dass Steuergelder mit beiden Händen für Luxusaufwendungen aus dem Fenster geworfen werden, derjenige, der eine solche Haushaltspolitik betreibt, braucht sich natürlich nicht zu wundern, dass eine solcherart unsoziale Sparpolitik auf den massiven Protest stößt, wie er heute Morgen in Form einer Demonstration vor diesem Hause geäußert wurde.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Nach Ansicht der SPD steht eines fest: Fair geht anders. Anstatt einzugreifen, haben Sie als Regierungsfraktion wieder keine bessere Antwort, als das unabhängige Verfassungsorgan Rechnungshof zu diskreditieren. Insbesondere Äußerungen des Ministerpräsidenten - in dem Fall hat er sie als Landesvorsitzender auf dem Landesparteitag getätigt -, dass der Rechnungshof ein Hilfsorgan des Landtages sei, sind völlig unangemessen. Aber das ist eine Methode, die uns bereits bekannt ist. Wir kennen sie von Gärten ohne „Preisgrenzen“, aber auch im Zusammenhang mit der Verschwendung von Steuergeldern durch Land und IKS im Zusammenhang mit der Ansiedlung des Gondwana-Parks.

(Zuruf des Abgeordneten Meiser (CDU).)

Gutachten haben mittlerweile belegt, dass die Mietzahlungen deutlich überhöht sind. Und zwar objektive Gutachten, nicht solche, die von der Landesregierung mit klarem Auftrag erteilt wurden.

(Zurufe von der CDU.)

Die Differenz zwischen 6,5 und 8 Euro ist deutlich, die zwischen 5,97 und 8 Euro ist noch deutlicher. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Ministerpräsident, Ihr Umgang mit der Sache selbst, aber auch mit dem Rechnungshof, ist absolut unangemessen. Fest steht, dass der Museumschef mit Rückendeckung von Herrn Schreier, aber auch von Frau Kramp-Karrenbauer und jetzt von Herrn Rauber, jahrelang ohne jegliche Kontrolle schalten und walten konnte, wie er wollte. Das muss ein Ende haben!

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Mit dem Persilschein, den Sie jetzt für Herrn Melcher ausstellen, wollen Sie sich letztendlich selbst reinwaschen. Eine derartige Politik kann nicht angehen! Das ist jedoch nicht das einzige Problem in Sachen Stiftung Saarländischer Kulturbesitz. Ihr Vorzeigeprojekt Vierter Pavillon droht mehr und mehr ein Mil-

(Abg. Rehlinger (SPD))

lionendesaster für den saarländischen Steuerzahler zu werden. Ursprünglich war die Rede von 9 Millionen, jetzt sind wir - wenn alles zusammengerechnet wird - bei über 18 Millionen Euro. Wenn das keine unseriöse Baukostenberechnung ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich es auch nicht mehr.

Vor der Landtagswahl konnten Sie gar nicht schnell genug einen Spatenstich vollziehen, heute verschieben Sie die Sache um ein Jahr mit dem Hinweis auf Solidität und Gründlichkeit. Das hätten wir an dieser Stelle von Anfang an erwartet.

(Beifall bei der SPD.)

Insgesamt kann man nur festhalten, dass eine derartige Spatenstichpolitik ohne Sinn und Verstand der saarländischen Kulturpolitik insgesamt schadet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fall Melcher, Vierter Pavillon, Gondwana, alles Wegmarken einer desaströsen Kulturpolitik, die Millionen verschenkt, Geld, das an anderer Stelle im Kulturbetrieb fehlt. Auf der einen Seite kann der Wein nicht teuer genug sein, kommt es auf Millionen nicht an. Auf der anderen Seite stehen kulturpolitische Projekte auf der Kippe, weil es an 5.000 oder 10.000 Euro fehlt.

(Abg. Schmitt (CDU): Welche denn?)

Eine derartige kulturpolitische Schiefelage kann nicht gut sein für unser Land. Es ist im Übrigen auch ungerecht gegenüber den vielen Kulturtreibenden in unserem Land, die mit ihrem Schaffen einen unschätzbaren Beitrag zur kulturellen Vielfalt leisten. Ich frage mich wirklich: Wie kann man gegenüber der freien Theaterszene, den Künstlergruppen des Filmhauses, des Kinos achteinhalb oder des Kulturbahnhofes und vielen anderen auftreten, auf Geldnöte hinweisen und Sparbeiträge fordern, wenn gleichzeitig an anderer Stelle mit vollen Händen das Geld zum Fenster hinausgeschmissen wird.

(Zurufe von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Frage müssen Sie sich selbst beantworten. Die Antwort der SPD-Landtagsfraktion lautet hier eindeutig: Fair geht anders. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Oppositionsfraktionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Rehlinger. - Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Lothar Schnitzler von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Schnitzler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf den Kulturbereich Kapitel 02 07 beziehen. Bei den Haushaltssparversuchen der Jamaika-Koalition ist dieses Kapitel aus unserer Sicht beispielhaft dafür, wie auf

der einen Seite scheinbar gespart werden soll, auf der anderen Seite aber sozial ungerecht und teilweise unlogisch vorgegangen wird.

In Kapitel 02 07 kann man feststellen, dass die notwendigen Sparbemühungen gemäß den Vorgaben der Schuldenbremse gerade bei den kleinsten Haushaltsstellen im Kulturbereich zu Sparvorschlägen führen. Dies insbesondere bei Projekten und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche. Das ist über den Gesamthaushalt aus den einzelnen Teilplänen zu ersehen. Bei den großen Titeln des Kapitels 02 07, wie die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz mit über 4 Millionen Euro Etat, wird jedoch nichts eingespart. Wir sind für Kultur, und die kostet natürlich etwas. Wir gehen da gerne mit, Herr Kulturminister Rauber, aber es muss gerecht und nachvollziehbar sein, wenn gespart werden soll. - Frau Präsidentin, erlauben Sie mir, an dieser Stelle Marx zu zitieren.

(Oh-Rufe bei der CDU und Lachen.)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sollten vielleicht mehr lesen als schreien. Ich zitiere: „Ein Kapitalismus ohne Menschlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit hat keine Moral und auch keine Zukunft.“ - Das sollten Sie sich in Ihren Stammbaum schreiben, liebe CDULer.

(Abg. Schmitt (CDU): Stammbaum?)

In Ihr Stammbuch, Entschuldigung. Das Zitat stammt von dem Kardinal und ehemaligen Erzbischof von München und Freising sowie ehemaligen Bischof von Trier, Reinhard Marx, aus seinem Buch „Das Kapital: Ein Plädoyer für den Menschen“. Hätten Sie Ihre sozialpolitischen Positionen gelesen, die katholische Soziallehre verinnerlicht, dann hätten Sie das gewusst und nicht gleich losgeschrien. Wo Marx drauf steht, ist auch Marx drin, liebe CDULer, das sollten Sie sich merken.

(Beifall von der LINKEN. - Unruhe und Sprechen.)

Wo Sie mit Ihren Sparmaßnahmen hinwollen, ist noch nicht richtig zu sehen. Dass jedoch bei kleinen, aber wichtigen kulturellen und sozio-kulturellen Projekten gespart werden soll, wird in diesem Haushalt sehr deutlich.

(Abg. Schmitt (CDU): Wo denn?)

Nur Geduld, Herr Schmitt, ich lese es Ihnen genau vor, damit Sie den Haushalt endlich verstehen. So wird beispielsweise der Titel 686 39 - Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche - von mageren 38.000 Euro auf 28.000 Euro gekürzt. Es entfällt also etwa ein Viertel der bisherigen Mittel.

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (CDU).)

Dies ist mit Verlaub nicht nur im Einzelplan 02 der Fall, sondern auch in anderen Einzelplänen wie et-